

## Abstimmungen vom 23. September 2018 Parolen der FDP Schweiz zu den eidg. Vorlagen

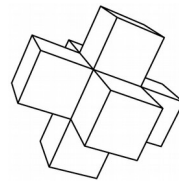
**Bundesbeschluss vom 13. März 2018 über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege [Velo-Initiative]»)**

### JA

In vielen Städten und Gemeinden gibt es heute schon Velowege. Da die Mobilität aber weiter wächst, ist es sinnvoll, die Velowegnetze zu verbessern: Velofahrerinnen und Velofahrer tragen zur Entlastung anderer Verkehrsmittel bei. Ein gutes Velowegnetz hilft zudem, den Verkehr zu entflechten. So kommen sich Auto, Velo und Fussverkehr weniger ins Gehege und es lassen sich Unfälle vermeiden.

Bundesrat und Parlament haben daher beschlossen, Velowege rechtlich gleich zu behandeln wie Fuss- und Wanderwege. Zu diesem Zweck soll die Verfassung entsprechend ergänzt werden. Der Bund soll Grundsätze über Velowegnetze festlegen und die Kompetenz erhalten, Massnahmen der Kantone und weiterer Beteiligten zugunsten von Velowegen zu unterstützen und zu koordinieren. Dies kann beispielsweise mit landesweiten Standards für Velowege oder mit Geodaten für Karten und Apps erfolgen. Dabei wahrt der Bund die Zuständigkeit der Kantone.

Mit der vom Parlament beschlossenen Lösung bleiben Planung, Bau und Unterhalt der Velowege weiterhin Aufgaben der Kantone und Gemeinden.



### **Abstimmungen vom 23. September 2018**

### **Parolen der FDP Schweiz zu den eidg. Vorlagen**

**Volksinitiative vom 26. November 2015 «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)»**

#### **NEIN**

NEIN zu steigenden Preisen, zu weniger Auswahl und zur Bevormundung

NEIN zu mehr Einkaufstourismus

NEIN zum Bürokratiemonster und zu neuen Handelshemmnissen

NEIN zur Diskriminierung der Schweizer Lebensmittelindustrie

NEIN zum Eigengolb für Schweizer Bauern

**Volksinitiative vom 30. März 2016 «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»**

#### **NEIN**

Die Fair-Food-Initiative und die Initiative für Ernährungssouveränität haben ähnliche Ziele und Folgen. Beide führen zu höheren Kosten, steigenden Steuern und teureren Lebensmitteln.

Sie bevormunden Konsumentinnen und Konsumenten und schränken die Angebotsvielfalt ein. Die Fair-Food-Initiative führt zu einem Bürokratiemonster. Sie ist im Inland unnötig und im Ausland nicht umsetzbar. Die Initiative für Ernährungssouveränität will sogar eine Art staatliche Planwirtschaft mit Preis- und Mengensteuerung und neuen Subventionen, was gravierende Auswirkungen auf die Schweizer Landwirtschaft hätte.

Beide Initiativen verletzen internationales Handelsrecht und schaffen neue Handelshemmnisse. Sie benachteiligen Schweizer Bauern, Lebensmittelhersteller und Detailhändler im internationalen Wettbewerb und gefährden Schweizer Exportunternehmen.

*Weitere Informationen: [www.agrarinitiativen-nein.ch](http://www.agrarinitiativen-nein.ch)*

---

**Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt**  
**aus Liebe zur Schweiz.**